

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 12.02.2025

Öffentlicher Teil

TOP 5.2. Antrag der Fraktionen CDU, SPD & Bündnis 90/Die Grünen

Hier: Einführung eines sozialpsychiatrischen Dienstes für Kinder und Jugendliche

0107/2025
Entscheidung
ungeändert beschlossen

Frau Köppen berichtet, dass es sich hier um einen Antrag handelt, den man bereits im Jugendhilfeausschuss beschlossen habe. Dieser sei in einem guten Miteinander zwischen Politik und Verwaltung entstanden. Vorausgegangen sei ein sehr umfangreicher und guter Bericht des Fachbereiches Jugend und Soziales zur Situation der Versorgung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen in Hagen. Am Ende des Berichts sei ziemlich deutlich geworden, dass man ein umfangreiches gutes Beratungsangebot in Hagen habe. Es fehle allerdings in Hagen ein sozialpsychiatrischer Dienst, der ganz andere Möglichkeiten habe zu intervenieren, als das die Beratungsstellen tun könnten. Von daher sei dieser fraktionsübergreifende Antrag eine logische Konsequenz gewesen.

Frau Soddemann macht deutlich, dass dieses Thema sowohl den Vorstandsbereich 3 als auch den Vorstandsbereich 4 betreffe. Der sozialpsychiatrische Dienst sei im Bereich Gesundheit verortet. Die Verwaltung begrüße diesen Antrag und auch die Tatsache, dass dem Vorhaben genügend Zeit für Prüfung und Umsetzung eingeräumt werde. Sie könne bestätigen, dass man ein ergänzendes Angebot benötige.

Herr Kortwittenborg dankt für den Antrag, den man gern annehme. In Einvernehmen mit dem Fachbereich 55 habe man sich mit der Beratungsstelle „Rat am Ring“ darauf verständigt, zu sondieren, welche Konzepte es bereits in Deutschland dazu gebe. Aufgrund des bestehenden Fachkräftemangels sehe man sich dabei vor großen Herausforderungen.

Bezüglich der Umsetzung des Beschlusses schlägt Frau Soddemann den Ausschussmitgliedern vor, Mitte des Jahres ein Zwischenfazit zu präsentieren. Nach der Kommunalwahl würden die Ausschüsse neu gebildet. Nach der Bildung des neuen Sozialausschusses könne man dann ausführlicher berichten.

Die Ausschussmitglieder sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

Empfehlungsbeschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung eines sozialpsychiatrischen Dienstes für Kinder und Jugendliche zu prüfen.
2. In Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Gesundheit stellt das Jugendamt eine Projektskizze zur möglichen Umsetzung vor.

3. Die Verwaltung berichtet dem Jugendhilfeausschuss zur Jahresmitte 2025 über die notwendigen Schritte.
4. Insbesondere sollen die rechtlichen, organisatorischen, finanziellen und personellen Aspekte dargestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	1		
Hagen Aktiv	1		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
HAK	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 16
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0